

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024*

*Antragsteller\*in: Jakob Lindenthal, KV Dresden*

*Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen*

## **A2: Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!**

### **Antragstext**

1 **Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine**  
2 **jetzt forcieren!**

### 3 **Aktuelle Kriegssituation**

4 Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der russischen Völlinvasion sind die Fronten  
5 weitgehend statisch. Das Fehlen von Material und zunehmend auch Personal auf der  
6 ukrainischen Seite führt zusehends zu einer Situation, in der die russischen  
7 Streitkräfte die Initiative ergreifen können und der Ukraine einen  
8 Zermübungskrieg aufzwingen, der sowohl das Gefechtsfeld als auch zivile  
9 Infrastruktur und das Alltagsleben betrifft. Durch die größere mobilisierbare  
10 Bevölkerung, große quantitative Materialreserven und die absolute Befehlsgewalt  
11 einer Diktatur wird sich die aktuelle Situation ohne eine massive Stärkung der  
12 ukrainischen Armee nicht ändern und die Ukraine droht unverschuldet in einen  
13 unabsehbaren Abnutzungskampf gezogen zu werden. Angesichts der für die  
14 russischen Führung im Rahmen ihrer autoritären Kriegsökonomie günstigen  
15 Ausgangslage ist derzeit keine glaubwürdige und nachhaltige diplomatische  
16 Beendigung des Kriegs in Aussicht. Die russischen Drohungen mit einer Eskalation  
17 in einen Atomkrieg sind willkürlich und entbehren jeder rationalen Grundlage.  
18 Die strategische Gesamtsituation ist derzeit unberechenbarer als beispielsweise  
19 im Kalten Krieg, doch geht die Unberechenbarkeit allein vom russischen Regime  
20 aus und kann auch durch Appeasement höchstens scheinbar, aber nicht strukturell  
21 verringert werden. Deshalb werden die Drohungen im Folgenden als nicht  
22 handlungsleitend betrachtet.

### 23 **Folgen des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands für die Ukraine**

24 Durch den Angriff Russlands wird die Ukraine ihrer legitimen, souveränen  
25 Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Millionen Menschen wurden bereits vertrieben  
26 und zum Opfer verschiedener Arten schwerwiegender Gewalt durch das russischen  
27 Militär und das zivile Verwaltungssystem der russischen Diktatur. Die  
28 zehntausenden Ermordeten, Gefallenen und Verwundeten hinterlassen Schmerz und  
29 Traumata in ihren sozialen Umfeldern. Auf der politischen Ebene führt der Krieg  
30 notwendigerweise zu einer Stagnation demokratischer Reformen in der Ukraine, da  
31 die Kriegsführung im Angesicht der massiven Bedrohung zentral organisiert werden  
32 muss. Insgesamt beraubt der Krieg die ukrainische Nation der Möglichkeit, ihren  
33 selbstgewählten Pfad in eine freiheitlich-demokratische, europäische Zukunft zu  
34 beschreiten.

### 35 **Globale Folgen und Konsequenzen für den demokratischen Teil Europas**

36 Von der bisher nicht gelungene Eindämmung der russischen Aggression und die sich  
37 offenbarenden Materialengpässe und Uneinigkeit bei der Unterstützung der Ukraine  
38 geht das verheerende Signal an gewaltbereite autoritäre Staaten weltweit aus,  
39 dass es keine Allianz demokratischer Staaten gibt, die bereit ist, die  
40 Demokratie glaubwürdig vorbeugend zu schützen und im Angriffsfall wirksam zu  
41 verteidigen. Da die meisten demokratischen Staaten vom Ausmaß der Bedrohung  
42 überrascht und überfordert wurden, wird akuter Nachbesserungsbedarf im Bereich  
43 der nationalen und staatenübergreifenden militärischen Verteidigungsfähigkeit  
44 deutlich sichtbar. Dieses Zeitfenster hoher Verwundbarkeit im Bezug auf  
45 territoriale Verteidigung birgt ein hohes Eskalationsrisiko angesichts weiterer  
46 denkbarer Angriffsszenarien autoritärer Staaten auf ihre Nachbarn, wie ein  
47 möglicher Annexionsversuch Chinas gegenüber Taiwan oder ein Angriff des Iran auf  
48 Israel. Insgesamt schadet die schwache Verteidigungsallianz der demokratischen  
49 Staaten weltweit dem Ansehen der Demokratie und führt das inkonsequente  
50 Sanktionsregime gegenüber Russland sogar zu einem Erstarren autoritärer  
51 Allianzen, die weltweit eine Gefahr für die Demokratie und nachhaltige  
52 menschliche Entwicklung darstellen.

### 53 **Kritik am Vorgehen der Bundesregierung**

54 Trotz der vor mehr als zwei Jahren ausgerufenen Zeitenwende befindet sich die  
55 Bundeswehr und befinden sich die europäischen Streitkräfte weiterhin in einem  
56 strukturell dysfunktionalen Zustand. Die Beschaffungs- und  
57 Rekrutierungsgeschwindigkeit ist der Bedrohungslage in keiner Weise angemessen.  
58 Insbesondere die Organisation von Materialbeschaffung trägt in keiner Weise der  
59 Verlust- bzw. Verbrauchsrate Rechnung, die derzeit auf dem Gefechtsfeld in der  
60 Ukraine zu beobachten bzw. für Deutschland im Verteidigungsfall zu erwarten ist.  
61 Genehmigte Nachbeschaffungen einer niedrigen zweistelligen Zahl an Kampfpanzern  
62 bzw. Grundsteinlegungen für Munitionsfabriken, deren Zielproduktionsmengen im

63 Vergleich zum derzeitigen Munitionsverbrauch der ukrainischen Streitkräfte  
64 marginal sind, genügen lediglich für Symbolpolitik. Ohne Zweifel waren westliche  
65 Materiallieferungen für die ukrainischen Streitkräfte entscheidend für das  
66 Stoppen des russischen Vormarschs, doch das Volumen und die Qualität der  
67 gelieferten Waffen und sonstigen Systeme fällt immer weiter hinter die  
68 Erfordernisse des legitimen Verteidigungskampfes der Ukraine zurück.  
69 Insbesondere brauchen die ukrainischen Streitkräfte dringend mehr  
70 Marschflugkörper und sonstige Präzisionswaffen, mit denen russische Kräfte weit  
71 hinter der Front getroffen und Bewegungen auf dem Land, zu Wasser und in der  
72 Luft unterbunden werden können. Doch statt die Ukraine wirksam zu unterstützen,  
73 betreibt die Bundesregierung unter der Führung des Kanzleramts eine Starker-  
74 Mann-Symbolpolitik nach innen sowie ein unausgesprochenes Appeasement gegenüber  
75 dem russischen Regime, dessen Angst-Narrative oftmals in der Kommunikation der  
76 Bundesregierung übernommen und somit in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet  
77 werden. Das ist strategisch unverantwortlich und politisch unnachhaltig.  
78 Insgesamt fehlt bei der in Erfahrung zu bringenden Strategie der Bundesregierung  
79 an Szenarien und realisierbaren Handlungsansätzen, wie sich der Krieg entwickeln  
80 kann, welche Handlungspfade zur Verfügung stehen und ggf. mit welchem  
81 Ressourceneinsatz beschritten werden können. Es existiert über zwei Jahre nach  
82 dem Kriegsbeginn keine umfassende, tragende Strategie, wie mit aktiver  
83 Beteiligung Deutschlands die europäische Friedensordnung wiederhergestellt  
84 werden kann. Für eine wehrhafte Demokratie kommt die derzeitige Regierungsarbeit  
85 einem Armutszeugnis gleich.

## 86 **Forderungen und Ausblick**

87 Deutschland braucht klare Szenarien und Ziele bei der Erreichung seiner  
88 Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der EU und der Nato. Die Ziele müssen mit  
89 Ressourcen und Maßnahmen hinterlegt sein, die sich in Umfang und Zeithorizont am  
90 Bedarf richten und nicht an der politischen Opportunität. Das Ziel bei der  
91 Unterstützung der Ukraine muss mindestens sein, im Jahr 2024 signifikanten  
92 russischen Vormarsch und Erholung der russischen Kräfte zu verhindern und  
93 darüber hinaus in den Folgejahren legitime ukrainische Gegenoffensiven zur  
94 Befreiung besetzten Staatsgebiets zu ermöglichen. Diese Maßnahmen werden es  
95 wahrscheinlich erfordern, über das Zwei-Prozent-Ausgabenziel und das  
96 Sondervermögen hinauszugehen und können z.B. eine rasche Wiedereinführung des  
97 Wehrdienstes erfordern sowie gesetzliche Änderungen und operative Maßnahmen zur  
98 Bereitstellung von zusätzlichen Industrieressourcen zur Rüstungsproduktion.  
99 Keine dieser Maßnahmen ist angenehm oder politisch risikofrei. Doch die Realität  
100 richtet sich nicht nach weltanschaulichen Präferenzen oder Zahlenvorgaben zum  
101 Verteidigungshaushalt. Für die genannten strategisch wichtigen Maßnahmen hat die  
102 Bundesregierung nun zwei Jahre weitgehend ungenutzt verstreichen lassen. Wir  
103 erkennen die realistische, für eine wehrhafte Demokratie eintretende  
104 Grundhaltung der bündnisgrünen und liberalen Regierungsbeteiligten an. Doch wir

105 mahnen dringend an, dass sporadische unzufriedene Kommentare zur  
106 sozialdemokratischen Sicherheitspolitik kein ausreichender grüner Beitrag zur  
107 Verteidigung der Demokratie sind. Nur aufmunitionierte Panzer auf dem Hof und  
108 flugfähige Kampffjets im Hangar sind die Sprache, die Diktaturen in dieser  
109 Gesamtlage verstehen. Es braucht zeitnah greifbare, einsatzfähige Ressourcen.  
110 Willensbekundungen gleich welcher Stärke im Parlament und im Kabinett genügen  
111 hier nicht. Es braucht jetzt Klartext und politische Druckmittel in der  
112 Regierungskoalition. Am Ende des Prozesses muss gesicherte, umfassende  
113 Unterstützung für die Ukraine stehen und eine nach realistischen Szenarien  
114 einsatzbereite Bundeswehr. Die SPD ist strukturell so schwach, dass sie sich  
115 keine Neuwahlen erlauben kann. Also ist es jetzt Zeit, für weitergehende  
116 Waffenlieferungen und wirksame Verteidigungsbereitschaft einzutreten ohne Scheu  
117 vor einer Koalitionskrise. Das Außenministerium muss sich auch dafür einsetzen,  
118 dass unsere Bündnispartner die Ukraine stärker unterstützen und ihren  
119 Versprechen nachkommen. Dafür gilt es jetzt in die diplomatischen Offensive zu  
120 gehen. Als Bündnisgrüne stehen wir unter den Regierungsparteien in Bezug auf  
121 Zustimmungswerte im Fall von Neuwahlen am robustesten da. Diese Robustheit  
122 müssen wir für die Verteidigung der Demokratie in Europa nutzen. Die Kosten für  
123 einen Kaltstart hin zu einer wehrhaften Demokratie sind hoch. Doch sie sind  
124 gering im Vergleich zum Schaden, der durch eine dauerhafte Erosion der  
125 internationalen Rechtsordnung und durch ein geopolitisches Klima der  
126 Rechtlosigkeit entsteht. Es kommt jetzt auf unser Regierungshandeln an. Die  
127 aktuelle Situation ist ein Prüfstein für unser staatstragendes  
128 Selbstverständnis. Deshalb unser Ruf an alle grünen Regierungsmitglieder und  
129 Fraktionsmitglieder: Die Demokratie muss von uns verteidigt werden. Wir stärken  
130 euch den Rücken. Packt es an!

## Begründung

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine ab dem 24. Februar 2024 befindet sich der Krieg im dritten Jahr. Durch den entschlossene Verteidigungskampf der ukrainischen Streitkräfte und Zivilgesellschaft und die substanzielle materielle und organisatorische Unterstützung demokratischer Staaten weltweit ist es gelungen, eine Zerschlagung und dauerhafte Unterdrückung des gesamten ukrainischen Staates zu verhindern. Dennoch haben sich die Anstrengungen als ungenügend erwiesen, um die russische Invasionsarmee zurückzuschlagen und die Herrschaft des Völkerrechts wieder zu etablieren. Die russische Diktatur mobilisiert sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, um den Krieg zu gewinnen. Für die kommenden Monate und Jahre scheinen ihr nach den vorhandenen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen genug Ressourcen zur Verfügung zu stehen, um ihren völkerrechtswidrigen und auf Äußerste grausamen Feldzug fortzusetzen. Es sind weitere russische Offensivaktionen zu erwarten, welche zur Zerstörung und Besetzung weiteren, noch freien ukrainischen Gebiets führen können. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass die russische Seite zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist, insbesondere nicht, weil es keine militärische Ultima Ratio gibt, die den maßlosen und unberechtigten Forderungen des russischen Regimes Einhaltung gebietet. Dies muss uns die Erfahrung mit dem Appeasement diktatorischer Regime aus der Vergangenheit lehren.

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage werbe ich darum, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales des Bündnis 90/Die Grünen die im Antrag dargelegte Situation anerkennt und der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und den grünen Regierungsmitgliedern mit Nachdruck den Rücken stärkt, die konsequente und zeitnahe Stärkung der Bundeswehr und nachhaltige Unterstützung der Ukraine zu forcieren. Die grausame Kriegsrealität richtet sich nicht nach den Vorsätzen, mit denen wir 2021 Wahlkampf betrieben und eine Regierungskoalition gebildet haben. Jetzt kommt es auf greifbare Sicherheitsinstrumente und eine klare, realisierbare militärische Ultima Ratio gegenüber der skrupellosen russischen Diktatur an, sonst wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das Konzept Demokratie weltweit irreparablen Schaden erleiden. Die Folgen wären nicht nur militärtaktisch, sondern insbesondere sozial, für die Umwelt und sozial schwache Gruppen verheerend. Deshalb liegt es jetzt an uns, entschieden für grüne Werte einzustehen. Diese müssen als tiefste Grundlage den Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit beinhalten, sonst ist kein Platz für weitergehende Konzepte.